Zur Zielplanung der Verbandsgemeinden können Gemeinderäte Vorschläge machen

Staatssekretär Schreiner diskutierte in Ingelheim mit Kommunalpolitikern

R. A. Bei einer Veranstaltung der kommunalpolitischen Vereinigung des CDU-Kreisverbandes Mainz-Bingen in der Winzergenossenschaft Nieder-Ingelheim sprachen Staatssekretär Alois Schreiner vom Innenministerium und Landrat Dr. Heribert Bickel über die Bildung der Verbandsgemeinden im Kreis Mainz-Bingen. Im Laufe der Diskussion, an der sich Kommunalpolitiker aus allen Teilen des Kreisgebietes beteiligten, kündigte der Staatssekretär an, daß Ende Februar ein Entwurf der Zielplanung vorgelegt werde. Dazu sollten die Gemeindevertretungen etwa vier bis sechs Wochen lang Gelegenheit zur Stellungnahme haben. Vernünftige Änderungswünsche der Gemeinden, die in die Gesamtkonzeption einzufügen wären, würden bei der endgültigen Fassung der Zielplanung berücksichtigt, mit deren Inkrafttreten etwa Ende Juli oder im August zu rechnen sei. Mit Nachdruck betonte CDU-Kreisvorsitzender Dr. Johann Baptist Rösler, daß es sich um ein echtes Anhörverfahren handeln müsse, durch das die Zielplanung tatsächlich noch wirksam zu beeinflussen sei.

Bei der von Hans Vogelsberger (Nieder-Olm) geleiteten Tagung erläuterte Landrat Dr. Bickel die gesetzlichen Grundlagen der Zielplanung und betonte, die „Keller-Studie" sein ein Arbeitspapier, aber nicht identisch mit der Zielplanung. Aus Äußerungen von Staatssekretär Schreiner im Verlauf der sachlichen Aussprache ging in der Tat hervor, daß abweichend von dem Arbeitspapier des Regierungspräsidenten zur Zeit für das Gebiet des Kreises Mainz-Bingen links der Nahe nur eine Verbandsgemeinde vorgesehen ist, während eine Verbandsgemeinde für Heidesheim und Wackernheim mit rund 7600 Einwohnern gebildet und dieses Gebiet nicht zur Verbandsgemeinde Ingelheim-Land zugewiesen werden soll — wobei allerdings das letzte Wort noch nicht ganz gesprochen zu sein scheint.

Auch durch den Ende Februar vorzulegenden Entwurf der Zielplanung sollen nach den Worten von Staatssekretär Schreiner die Gemeinden nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Vielmehr sollten sie vier bis sechs Wochen Zeit haben, Gemeinderatsbeschlüsse zu dem Entwurf zu fassen. Erst danach werde der geänderte Entwurf dem Kabinett vorgelegt, das dann im Benehmen mit dem Innenausschuß des Landtages die Zielplanung fertigzustellen und zu verkünden habe. Mit dem Inkrafttreten sei voraussichtlich im August zu rechnen.

In der Diskussion stellte Staatssekretär Schreiner Fragenkomplexe klar. Auf Befragen des Ersten Bürgermeisters Naujack, Bingen, sagte er, daß die Gebiete links der Nahe zusammen mit Rheinhessen geordnet würden, was vorherige freiwillige Zusammenschlüsse nicht unmöglich mache. Die Frage des Landtagsabgeordneten Hans Fröhder, Friesenheim, ob der Zusammenschluß von Nierstein und Schwabsburg, wie geplant, zum 1. Juli wirksam werden könne, verneinte Schreiner mit dem Hinweis, alle derartigen Anträge könnten erst nach Vorliegen der endgültigen Zielplanung in deren Rahmen entschieden werden. Entsprechend ist die Rechtslage auch für Eingemeindungsanträge im Mainzer Umland. Im übrigen betonte der Staatssekretär, daß niemals Eingemeindungen ohne Verwaltungsakt der Regierung möglich gewesen seien. Freiwillige Zusammenschlüsse bringen den neuen Verbandsgemeinden Zuschüsse aus einem Investitionsstopp, um dessen Schaffung sich die Abgeordneten Dr. Rösler, Bingen, und Fröhder, Friesenheim, sehr bemüht hätten, wie Schreiner erklärte. Nach seinen Worten wird es keine Verbandsgemeinde geben, durch die die neugeordneten Kreise in ihrer Substanz beschädigt werden.